

und...?!

FACHZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG LINKSRADIKALER DISKUSSIONEN

Seite 2
Zur Begriffsgeschichte der
Totalitarismustheorie

Seite 4
Ab durch die Mitte

Seite 9
Total totalitär

Seite 11
Das Totalitarismusmodell
Hannah Arendts



Total extrem – Zur Totalitarismus und Extremismuskonzeption

Die Zeit des Wartens ist vorbei! Hiermit haltet ihr die erste Ausgabe 2007 der und...?! in Händen und wenn der Redaktion nicht der Himmel auf den Kopf fällt, wird dies auch nicht die letzte sein, sondern es werden in Zukunft in unregelmäßigen Abständen weitere Pamphlete dieser Art kostenlos verteilt werden. Warum nun aber solch eine Zeitung, werdet ihr vielleicht fragen, obwohl die richtige Frage lautet: warum erst jetzt? Denn wie wohl Jede und Jeder weiß, kann die Weltrevolution nicht mehr warten. Und genau darum geht es hier. Während einige ihre Zeit vielleicht mit so nutzlosen Tätigkeiten wie abhängiger Lohnarbeit oder Rasenmähen verbringen müssen, hat sich nämlich ein Häuflein Unerschrockener hingesetzt und sich die Köpfe darüber zerbrochen, was zu tun sei, begleitet nur vom ständigen Surren des treuen Rechners statt vom lieblichen Gezwitscher noch viel lieblicherer Vögel. Dies ist das Ergebnis: Von heute an gedenken wir euch, wie für Staatsfeinde üblich, durch als wissenschaftliche Beiträge getarnte Propaganda zu manipulieren und auf dogmatische Art und Weise gefügig zu machen – nix wirklich Neues also.

Die Zeitung ist das Ergebnis von Diskussionen, die die Notwendigkeit eines solchen Projektes immer wieder aufzeigten. Die Mitglieder der Redaktion, allesamt aus dem linken Spektrum und sich dabei längst nicht immer grün, eint jedoch die Überzeugung, dass bestimmte politische Themen in der Region bislang zu wenig diskutiert wurden und dass dieser Zustand der Weltrevolution abträglich ist. Ziel ist es deshalb, sich in unregelmäßigen Abständen einem bestimmten Thema mit verschiedenen Artikeln ausführlicher zu widmen. Idealerweise wird es zu jedem Themenblock auch eine größere Veranstaltung geben, und, wenn daran Interesse besteht, Vorbereitungsveranstaltungen mit den AutorInnen der Beiträge in diesem Heftchen. Wir hoffen, mit unseren Artikeln die eine oder andere Diskussion lostreten zu können. Und wer die Zeitung trotzdem nur für das abendliche Lagerfeuer nutzen will, sei's drum.

Aber beschwere man sich nachher nicht, wenn man nach der Revolution immer noch Tellerwäscher ist!

Noch was: Die AutorInnen verstehen ihre Beiträge explizit nicht als der Weisheit letzten Schluss, sondern als Anregung, sich mit dem jeweiligen Thema näher zu beschäftigen. Eure Einwände, Fragen, Kritiken etc. sind also ausdrücklich erwünscht. Wendet euch dazu an: u-n-d@gmx.net

ZUR BEGRIFFSGESCHICHTE DER TOTALITARISMUSTHEORIE

Dieser Artikel zur Begriffsgeschichte der Totalitarismustheorie möchte diese in ihren politisch-historischen Kontext einordnen und so wichtige Hinweise auf ihre erkenntnistheoretischen Defizite geben. Es wird sich zeigen, dass sie sich in den letzten 80 Jahren ihres Bestehens als außerordentlich konjunkturabhängig erwiesen hat. Die Totalitarismustheorie ist zuallererst eine Wahrheitsdoktrin und will im Rahmen des öffentlichen Diskurses festlegen und definieren, was als wahr und falsch zu gelten hat.

Entstanden ist der Totalitarismusbegriff in Italien¹. Nach dem Machtantritt der italienischen Faschisten warnten Kritiker davor, dass sie ihre Gewalttätigkeit im politischen Herrschaftsapparat verankern würden, indem sie die staatliche Gewaltenteilung »totalitär« beseitigten. Später eigneten sich diese neue Begrifflichkeit die Faschisten an und besetzten sie positiv. Zugleich bemühte sich Giovanni Gentile, die Machtansprüche der faschistischen Massenbasis in den *stato totalitario* einzubauen und diese selbst langfristig zu integrieren.

Zur ersten praktisch-politischen Anwendung dieser neuartigen Begrifflichkeit kam es in Deutschland. Nach der Weltwirt-

schaftskrise wurde es erst von unterschiedlichen politischen Lagern genutzt. Sozialdemokratie und Gewerkschaften antworteten auf die Sozialfaschismus-These mit dem Vorwurf die Kommunisten seien »rotlackierte Faschisten«, hinter denen »totalitäre Tendenzen« lauern. Bei den Jungkonservativen um Ernst Jünger kam es zur Gleichsetzung von »totalitär« und »total«, zur Propaganda für eine »totale Mobilmachung« zugunsten eines Revisionskrieges. Außerdem begannen rechtskonservative Theoretiker über einen Ausbau der Präsidialdiktaturen zum »totalen Staat« auf Grundlage der Weimarer Verfassung nachzudenken². Diese Tendenzen flossen in der NS-Bewegung zusammen. Über die »totale Mobilmachung« führt der Weg direkt zum »totalen Krieg«.

In der angelsächsischen Totalitarismusdebatte der 1920er Jahre, die im Wesentlichen auf das konservative akademische Lager begrenzt war, wurde der Begriff dagegen negativ besetzt³. Es galten alle Regime als »totalitär«, die die parlamentarische Demokratie bekämpften. Die verschiedenen Varianten des Faschismus und der heraufziehende Stalinismus wurden dabei meist gleichgesetzt.

Doch der Totalitarismus wurde auch zum identitätsstiftenden

¹ Vgl. Jens Petersen, Der italienische Faschismus zwischen politischer Polemik und historischer Analyse

² Vgl. Carl Schmitt, Die Wendung zum totalen Staat

³ Vgl. Guy Stanton Ford, Dictatorship in the Modern World

Symbol für die internationale faschistische Szene der 30er Jahre. Mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterklasse und der Auflösung parlamentarischer Errungenschaften beanspruchten die Faschisten die Rolle eines logischen Bündnispartners der traditionellen Eliten für sich. Aufgrund dessen beschäftigten sich die Theoretiker der sozialistischen Emigration schon früh intensiv mit dem politischen Drohpotential des »Totalitarismus«. So prognostizierte beispielsweise Filippo Turati schon Anfang der 1920er Jahre, dass die herrschende Klasse, die die »totalitären« Herrschaftsformen etabliert hatte, dafür einen hohen Preis zahlen wird. Auch Frank L. Neumann steckte die Dimensionen eines »totalitär« gewordenen Monokapitalismus ab: Er habe der Kleinbourgeoisie die politische Macht übertragen, um sich jenseits der verschlissenen parlamentarisch-demokratischen Legitimationsbasis eine neue Plattform für seine ökonomische Diktatur zu schaffen⁵.



Doch am Ende der 1930er Jahre kam es zu einer Trendwende. Immer mehr Intellektuelle des Westens übernahmen »Totalitarismus« als negative Kategorie. Sie schlossen sich jenen konservativen Politologen an, die schon zuvor alle klassenanalytische Zugänge der sozialistischen Emigranten zum Totalitarismusbegriff eliminiert und ihn zur Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus operationalisiert hatten⁶.

Die sozialistischen Kritiker und ihr antifaschistisch-»antiautoritärer« Konsens wurde zunehmend von Äußerungen einer neuen Emigrantengruppe überlagert die in ihrer Auseinandersetzung mit der Stalin-Ära mit allen Varianten sozialistischer Utopie brach⁷. Viele von ihnen brachen mit ihren bisherigen Biographien und schlossen zu den konservativen Totalitarismuskritikern auf. In den Jahren der Neuaufteilung des europäischen Kontinents zwischen Stalinismus und Nazismus durch die faschistischen Blitzkriege, gestalteten sie den Totalitarismusbegriff neu. Der Ex-Kommunist Franz Brokenau setzte in einem wortgewaltigen Manifest den »braunen Bolschewismus« mit dem »roten Faschismus« gleich⁸. Im November 1939 fand in New York ein internationales Symposium unter dem Motto »The Totalitarian State« statt, das sich auf Faschismus und Stalinismus gleichermaßen bezog⁹. Nur zwei Jahre später, nach dem Angriff auf die Sowjetunion, reihte sich der Stalinismus in das Lager der Antihitlerkoalition ein und die Totalitarismustheorie galt als überholt. Dennoch

blieben starke »antitotalitäre« Grundströmungen vorhanden, die für die Kontinuität der Begriffsgeschichte entscheidend sind.

Der Übergang zum Kalten Krieg bedeutete auch die Wiedergeburt der negativen Totalitarismuskonzeption. Die American Academy of Arts and Sciences veranstaltete 1953 erneut eine internationale Totalitarismustagung, auf der die Teilnehmer endgültig die Totalitarismuskonzeption als normative Typologie, die den pluralistischen-demokratischen Verfassungsstaat zum Ausgangsbild nahm.¹⁰ Es wurde auch eine Gruppe von Merkmalsbeschreibungen verabschiedet um »totalitäre Diktaturen« empirisch und analytisch greifbar zu machen.



Diese Merkmalgruppen

- »»» Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch
- »»» monolithischer Machtapparat
- »»» Massenmobilisierung durch eine Einheitspartei
- »»» Propaganda- und Kommunikationsmonopol
- »»» politischer Terror
- »»» Zentralverwaltungswirtschaft

wurden zum Kernstück der Totalitarismustheorie des Kalten Krieges und waren fast ausschließlich auf die Sowjetunion gemünzt.

Im Verlauf der nächsten Jahre wurden von der Grundlage dieser Merkmalgruppen ausgehend die unterschiedlichsten Varianten entworfen¹¹. Indem die Totalitarismuskonzeption die Grundnormen des »demokratischen Pluralismus« als Maßstab verabsolutierte und gerade dadurch aus der empi-

⁵ Vgl. Leopold Franz, Die Gewerkschaften im faschistischen Deutschland

⁶ Vgl. Karl Heinz Roth, Geschichtsrevisionismus

⁷ Vgl. Michael Rohrwasser, Der Stalinismus und die Reneganten

⁸ Vgl. Franz Brokenau, The Totalitarian Enemy

⁹ Vgl. Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of the History

¹⁰ Vgl. Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy

¹¹ Vgl. dazu Bruno Seidel/Siegfried Jenker, Wege der Totalitarismus-Forschung

risch-vergleichenden Analyse ausgrenzte, half sie, ein Legitimationsmodell zu formieren, das in der Praxis des Kalten Krieges eben diese Prinzipien im »Freien Westen« zunehmend außer Kraft setzte.

Augrund eines Skandals kam es Mitte der 1960er Jahre zu einem überraschendem Konjunkturreinbruch der Totalitarismuskonzeption. Diesmal waren die Auslöser, im Gegensatz zu 1941, jedoch nicht in Europa angesiedelt. Die US-amerikanische New Left entdeckte 1964/65 die CIA als Organisationszentrum des »antitotalitären« Diskurses einer Zeitschriften- und Verbandslandschaft, in der mit wenig intellektueller Anstrengung viel Geld und Ansehen erworben werden konnte¹². Durch diesen Nachweis ihrer eigenen »totalitären« Praktiken war die Totalitarismuskonzeption gründlich diskreditiert. Viele anerkannte Vertreter der Totalitarismustheorie, so beispielsweise Hannah Arendt, distanzieren sich eilends, und mäßigen die bislang auf die poststalinistischen Regime übertragenen Verdikte. Die Bloßstellung der Totalitarismuskonzeption war somit in erster Linie eine Leistung der neuen amerikanischen Linken.

Die Abkehr von der Totalitarismustheorie vollzog sich in

Westeuropa aus unterschiedlichen Anlässen. Einer der Gründe war die internationale Entspannungspolitik, die sich seit der Berlin- und Kubakrise langsam abzeichnete. Ein weiterer Grund, vor allem in der BRD, war die nun einsetzende deutsch-deutsche Politik des »Wandels durch Annäherung«. Auch außerhalb der etablierten Politik zeichnete sich der Paradigmenwechsel ab. Die kritische Theorie gewann einen prägenden Einfluss auf die westdeutsche Studentenbewegung. Insbesondere die Gedankengänge Adornos, Horkheimers und Marcuses über die Wechselbeziehung zwischen autoritären Charakter, autoritären Staat und der instrumentellen Vernunft innerhalb einer spätkapitalistischen Manipulationsgesellschaft ließen fast keinen Systemunterschied mehr ausmachen¹³. Infolge dieser internationalen und deutsch-deutschen Entwicklung blieb den Propagandisten der Totalitarismustheorie nichts anderes übrig als ein geordneter Rückzug, um auf neue Konstellationen zu warten, in denen sie wieder benötigt werden. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist diese Zeit gekommen.

Ron Ado

¹³ Vgl. dazu Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Max Horkheimer, Autoritärer Staat
¹² Vgl. Peter Coleman, The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe

AB DURCH DIE MITTE —

ZUR POLITISCHEN FUNKTION DER TOTALITARISMUSTHEORIE

Der KPD-Vorsitzende Max Reimann sagte am 23.5.1949: »Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz (...) zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.« Wie so oft sollten die KommunistInnen Recht behalten. Das Grundgesetz ist seitdem mehr als 50-mal geändert worden. Meist gegen den Willen linker, emanzipatorischer Bewegungen. Und tatsächlich hatten die großen Themen der Linken in den letzten Jahren immer etwas damit zu tun, das Grundgesetz zu verteidigen. Nicht gegen Rechts, sondern gegen die Angriffe aus der »Mitte«. Dies zeigt bereits, wie falsch die Annahme ist, die Mitte müsste die Freiheit gegen Angriffe von Rechts und links verteidigen. Trotzdem darf die Totalitarismustheorie bzw. der Antitotalitarismus durchaus als Staatsdoktrin angesehen wer-

den. Sie ist Grundlage für die Arbeit von Polizei und Geheimdiensten und wird nach den »Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht« von 1962 in allen Schulen gelehrt. Die Lehrer haben die Anweisung ihren Schülern die »verwerfliche Zielsetzung« und die »verbrecherischen Methoden« des »kommunistischen und des nationalsozialistischen Totalitarismus« zu verdeutlichen.¹

Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass es eine Art »Hufeisenmodell« gibt, indem die äußersten Ränder der Gesellschaft, sprich »Linksextreme« und »Rechtsextreme« sich fast die Hände reichen, da sie ja beide »totalitäre« Ziele verfolgen und sich nur durch ihre unterschiedlichen »Ideologien« gelinde unterscheiden. Zwischendrin steht eine fast naturgegebene Mitte, die zum Idealzustand erklärt wird.

GERADE FÜR DAS NACHKRIEGS-DEUTSCHLAND WAR DIE TOTALITARISMUSTHEORIE, DA ANTIKOMMUNISTISCH UND SHOAHRELATIVISTISCH ENORM WICHTIG. BIS IN DIE 1990ER JAHRE DOMINIERTEN DIE ERSTE, DANACH DIE ZWEITE FACETTE DEN DISKURS.

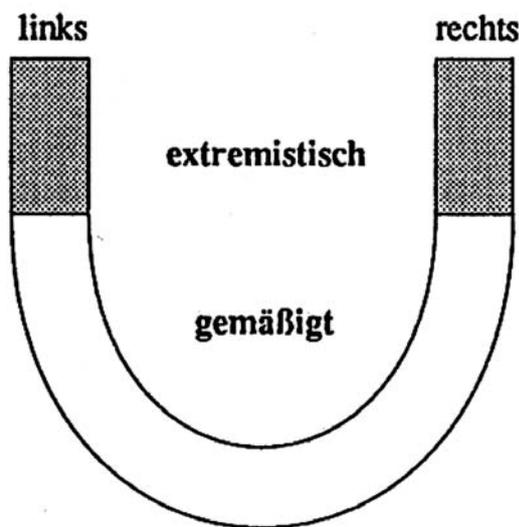
DIFFAMIERUNG DES KOMMUNISMUS

Zur Zeit des Kalten Krieges hatte die Totalitarismustheorie im Nachkriegs-Deutschland ihre erste Hochphase. Sie wurde zur Diffamierung des real existierenden Sozialismus und als Begründung für die KommunistInnenverfolgung gebraucht. Vor

allem die Regierung Adenauer war geprägt durch ihren massiven Antikommunismus.

So wurde »Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten- und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien in den demokratischen Ländern,

¹ Wobei übrigens kein Wort über Auschwitz und Holocaust erwähnt wurde.



hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend,«² zu einer überdimensionalen Bedrohung stilisiert. Egal ob die Wiederbewaffnung der BRD oder unter Kiesinger die Notstandsgesetze (beides setzte übrigens Grundgesetzänderungen voraus), alles wurde im Kampf gegen den inneren und äußeren kommunistischen Feind durchgesetzt. Denn »seit Jahr und Tag musste jeder, der die Dinge klar sieht, fürchten um unser Vaterland, um unsere Sicherheit; er musste fürchten, dass Deutschland eventuell Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen werden konnte: er muss zittern davor, dass im Falle eines russischen Angriffs Millionen von Deutschen nach Russland getrieben, in russische Armeen gesteckt oder zu Sklavenarbeit verdammt würden.«³

Natürlich hatten auch die Geheimdienste die im Kalten Krieg eine große Rolle spielten eine antikommunistische Ausrichtung. Angebliche Aufklärung gegen Rechts diente auch damals schon nur der Rechtfertigung und hatte mit der Realität nichts zu tun. Allein die Tatsache, dass die Geheimdienste sich in hohem Maße aus ehemaligen Nationalsozialisten rekrutierten,⁴ legt die Vermutung nahe, dass hierfür auch kein besonders großes Interesse bestand.

Als dann 1956 die KPD verboten wurde, organisierten insbesondere die Ämter für Verfassungsschutz eine massive innerstaatliche KommunistInnenverfolgung, von der in den 50er Jahren mehr als 100.000 Menschen betroffen waren. Während also im Namen der jungen Demokratie viele KZ-Überlebende wieder verfolgt und eingesperrt wurden – es einem Kommunisten nicht einmal möglich war Lokomotivführer oder Postbote zu werden - bekleidete ein gewisser Hubert Schrübbers den Posten des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der ehemalige NS-Staatsanwalt, der an den Hochverratsprozessen mitwirkte, war mit Abstand der am längsten amtierende Präsident des Verfassungsschutzes. Nach 17(!) Jahren wurde er dann wegen seiner Vergangenheit in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. Nicht entfernt wurden zahlreiche SS-Offiziere, darunter der an der Judenvernichtung in Norwegen beteiligte Alfred Wurbs oder der langjährige Vizepräsident des Amtes, Alvert Radtke. Der Ex-Verbindungsoffizier zur Gestapo war am

Vernichtungsprogramm in der CSR beteiligt. Unter Schrübbers besaßen 16 von 46 höheren Beamten in der Verfassungsschutzzentrale einen SS oder SD-Rang. Auf die Ämter für Verfassungsschutz wird in dieser Ausgabe noch genauer eingegangen. Festzuhalten bleibt aber, dass schon der Anspruch der Totalitarismustheorie – und die Arbeit des Verfassungsschutzes beruht darauf – gleichermaßen gegen Rechts und Links vorzugehen, Humbug ist. Unzählige Beispiele beweisen, dass rechte Gewalt verharmlost oder gar verschwiegen wird, antifaschistische oder kommunistische Bestrebungen aber aufs Bitterste verfolgt werden.

RELATIVIERUNG DER SHOAH

Als mit dem Zusammenbrechen des realexistierenden Sozialismus und der Niederschlagung aller emanzipatorischen Bewegungen kommunistische Bestrebungen nur noch marginal waren, setzte eine Renaissance der Totalitarismustheorie ein. Ihr vorrangiges Ziel war es, die Verbrechen der Deutschen während des ‚Dritten Reichs‘ zu relativieren. Vor allem die Singularität von Auschwitz war ein Dorn im Auge des wieder erstarkenden Deutschlands. Es ging darum, die deutsche Barbarei in eine Reihe mit anderen Verbrechen zu stellen – so erscheinen die eigenen als nicht mehr so schlimm. Dies wurde vor allem mittels der Gleichsetzung der Sowjetunion mit dem Nationalsozialismus betrieben.

Doch so grausam die stalinistischen Verbrechen auch waren, sie sind eben nicht mit denen der Deutschen zu vergleichen. Die Vernichtung der Juden und anderen »unwerten Lebens« wurde mit industriellen Methoden betrieben. Vor allem in Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau, Sobibor, Majdanek, Belzec, Chelmno oder Treblinka wurden die Menschen im Akkord in den Tod getrieben. Dieses Massentöten wurde von den Deutschen freiwillig und mit höchstem bürokratischem Aufwand betrieben. Gerade durch das Konzept »Vernichtung durch Arbeit« wird ja schon ausgedrückt, worum es den Nazis ging: um Vernichtung. Arbeit war die Methode. Das war weder in der Sowjetunion, noch sonst wo der Fall. Auch der oft angeführte Vergleich mit den Internierungslagern aus der Zeit der Burenkriege oder die Umsiedlung der indigenen Bevölkerung Amerikas ist aus diesem Grund nicht haltbar.

Ohne die grausame Realität in den sowjetischen Lagern zu leugnen, gab es dennoch einen Anspruch der »Erziehung« und »Besserung«, auch durch sog. Kulturarbeit in den Lagern. Darüber hinaus gab es die durchaus praktizierte Möglichkeit der Entlassung.

Auch die Liquidierung z.B. so genannter »Kulaken« entspricht nicht einem Projekt biologischer oder rassistischer Säuberung. Das Ziel Stalins war nicht eine rassistische Ordnung, sondern eine mit extrem autoritären und gewalttätigen Methoden ins Werk gesetzte, gründliche Veränderung der russischen Gesellschaft und die Bekämpfung der politischen GegnerInnen. Es hatte seine eigene, wenngleich brutale Rationalität. Dagegen widersprach die Vernichtung der Juden jedem Kriterium ökonomischer oder militärischer Rationalität. Hier waren vom Kleinkind bis zum Greis, vom Arbeiter bis zum Firmeninhaber alle Juden schon aufgrund ihrer bloßen Existenz zur

² Konrad Adenauer

³ Konrad Adenauer

⁴ So kam z.B. das Personal des BND aus der »Organisation Gehlen«

Ermordung vorgesehen. Nichts, was sie selbst hätten tun oder unterlassen können, konnte ihr Leben retten, wenn sie in die Hände der Deutschen fielen.

Ein weiterer Unterschied ist die Rolle der beiden Staaten im zweiten Weltkrieg.

Während Deutschland mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg, den größten und verlustreichsten Krieg der Menschheitsgeschichte, auslöste, ist es vor allem der Sowjetunion zu verdanken, dass die Nazi-Barbarei beendet wurde.



Die Sowjets trugen die Hauptlast des Krieges, kein anderes Land hatte derartige Verluste zu beklagen. Während des gesamten Kriegsverlaufs kamen mindestens 13 600 000 Rotarmisten ums Leben. Allein die Schlacht um Stalingrad kostete 1 500 000 russischen Soldaten und Zivilisten das Leben. Anstelle Stalin mit Hitler zu vergleichen, wäre es eher angebracht, sich bei ihm und seiner Armee für die Befreiung zu bedanken.

Noch dreister ist der Vergleich mit der DDR.

»Ich wollte die Bewohner der Ost-Zonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, dass der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat müßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht. Ich wollte, unsere Leute könnten einmal aus dem Munde der unterdrückten Polen, Tschechen und Ungarn hören, in welcher grausamer Weise religiöse Betätigung verfolgt und unterdrückt wird ... « so argumentierte Konrad Adenauer bereits 1950.

Richtig in Schwung geriet die Geschichtsrelativierung dennoch erst 1986 mit dem sog. Historikerstreit.

Hauptakteur war hier Ernst Nolte⁵, der am 06.06.1986 in der FAZ eine Rede veröffentlichte, in der er die unter sowjetischer Verantwortung begangenen Massenmorde und die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten durch einen »kausalen Nexus« miteinander verknüpft. Seine Kernthesen formulierte er in suggestiven Fragen: »Vollbrachten die Nationalsozialisten (...) eine ‚asiatische‘⁶ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?«

Dieser Interpretation zufolge stellen die unter bolschewistischer Herrschaft begangenen Verbrechen nicht nur einen historischen Vorgriff auf die nationalsozialistische

Vernichtungspolitik dar. Der Holocaust erscheint vielmehr als vermeintlicher Notwehrakt des NS-Regimes, das, nach Noltes Auffassung durchaus zu Recht, eine existentielle Bedrohung durch den Bolschewismus fürchtete. Nolte verlieh Auschwitz eine scheinbare Plausibilität, indem er den Versuch unternahm, den Handlungsmotiven der Nationalsozialisten einen rationalen Kern zuzuschreiben. »Auschwitz resultiert nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer Völkermord, sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution.«

Nolte vertrat seine Thesen später im »Journal of Historical Review«, einem Magazin für internationale Auschwitzleugner. Einige Jahre später erhielt er von der CDU-nahen Deutschland-Stiftung den Adenauerpreis und wurde erst kürzlich von der »Welt« als einer der »klügsten Geschichtsdenker des 20. Jahrhunderts« gefeiert.

Die Thesen Noltes wirkten sich sehr stark auf den Antitotalitarismuskurs aus. In Bezugnahme auf den Historikerstreit erklärte Hans-Helmut Knütter, der die Extremismuskonzeption im Bundesinnenministerium (BMI) und in der politischen Bildung stark prägte, in einer BMI-Veröffentlichung: »Die Aufklärung kommunistischer Untaten legt es nahe, nationalsozialistische Taten zu relativieren, und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen.«

VERHARMLOSUNG VON NEONAZIS

Hans Helmut Knütter war von 1985 bis 1989 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Als Referent trat Knütter bis 1995 für die bpb, bis 1994 parallel für das Bundesinnenministerium auf. Adressaten seiner Vorträge waren insbesondere Multiplikatoren wie HochschullehrerInnen, Jugend- und SozialarbeiterInnen sowie SchülerzeitungsredakteurInnen. Die Themenpalette umfasste dabei schwerpunktmäßig Referate zu Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Dass die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (PDS) bezüglich Knütters Schaffen für bpb und BMI feststellte, dass sich Knütter durch »seine wissenschaftliche Qualifikation« und durch seine »Sachkenntnis, insbesondere zum Antitotalitarismus« ausgewiesen habe, erscheint bei dem Fundus, aus dem er schöpfen kann, als durchaus konsequent. Seine Sachkenntnis zum »Antitotalitarismus« durfte Knütter ebenso in der von der bpb herausgegebenen Wochenzeitung »Das Parlament« zum Besten geben, wie auch in der Broschürenreihe »Texte zur Inneren Sicherheit« des BMI. Am Beispiel des bis heute an der Uni Bonn im Fachbereich Politische Wissenschaft beschäftigten Hans Helmut Knütter lässt sich sehr gut zeigen, was Antitotalitarismus tatsächlich bedeutet. Recherchiert man diesem Namen etwas hinterher, stößt man schon nach kurzer Zeit auf ziemlich grausige Sachen: Der Autor des Buches »Die Faschismuskeule - Das Letzte Aufgebot der Linken« und ständige Mitarbeiter der Jungen Freiheit ist dem Extremismus, genauer dem Rechtsextremismus nämlich gar nicht so abgeneigt:

An der Universität fungierte Knütter lange Zeit als Mentor und Vertrauensdozent des studentischen Ost-West-Arbeitskreises,

⁵ Neben Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand, Michael Stürmer auf der einen und Jürgen Habermas und Rudolf Augstein auf der anderen Seite

⁶ Den Begriff der »asiatischen Tat« bezog Nolte auf den Völkermord an den Armeniern

der sich im Rahmen des Studiums neonazistische Referenten wie den Auschwitz-Leugner David Irving eingeladen hatte. Auch ein Liederabend des »nationalen Barden« Frank Rennicke, ehemaliger Aktivist der inzwischen verbotenen Wiking Jugend, durfte im Angebot des Ost-West-Arbeitskreises nicht fehlen.

Auch eine der ersten Anti-Antifa-Seiten »Links-enttarnt!« wurde von ihm betrieben.

Die Liste an Aussagen, Broschüren oder Büchern, die Knütter als Rechtsextremen auszeichnen, ist ebenso schier endlos wie die der Vereine und Organisationen, in denen er aktiv ist. Mittlerweile wird der CDUler selbst vom Verfassungsschutz beobachtet. Dieser sollte sich seiner Meinung nach aber eher um die SPD-Jugendorganisation, einzelne Gewerkschaften des DGB und »linksextrem ausgerichtete Teile der evangelischen Kirche« kümmern.

Nun darf aber nicht der Eindruck entstehen, Leute wie Knütter wären »Ausrutscher« oder »Betriebsunfälle« der zuständigen Behörden. Ganz im Gegenteil. Diese brauchen nämlich DenkerInnen, die Rechtsextremismus verharmlosen und AntifaschistInnen als den Hauptfeind der Demokratie enttarnen. Nur deshalb ist es möglich, dass er in einer vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Broschüre »Hat Rechtsextremismus ein Chance?«

Neonazis als Hirngespinnst der Linken darstellen kann: Die Bedeutung des Rechtsextremismus »scheint nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen, die sich des rechtsextremen Schreckbildes oft nur zur Ablenkung bedienen.«

Zu den bis dahin massivsten ausländerfeindlichen Ausschreitungen der deutschen Nachkriegsgeschichte kam es im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Eine Woche lang griffen mehrere hundert junge Rechtsradikale die Flüchtlingsunterkunft und ein von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen bewohntes Haus an. Während der Ausschreitungen konnten sich gewalttätige Rechtsextremisten immer wieder in eine Menge von zeitweise bis zu 3.000 Rostockern zurückziehen, die den Neonazis applaudierten und ihnen Unterstützung boten. Die Rolle der Polizei, die erst die nötigen Einsatzkräfte zur Verfügung hatte, als es darum ging, die aus dem gesamten Bundesgebiet anreisenden Antifaschisten zu drangsalieren, ist bis heute nicht geklärt. Erst zehn Jahre später wurden gegen einige wenige der Angreifer sehr geringe Strafen verhängt.

In der Zeit nach diesem Pogrom⁷, gab es eine Ausgabe der vom deutschen Bundestag und der bpb herausgegebenen Zeitung »Das Parlament« in der einige Artikel - nicht etwa zu Neonazis - sondern zum Totalitarismusbegriff abgedruckt waren. Insgesamt wirkte diese Ausgabe wie eine rechte Kampfansage an den angeblich immer noch herrschenden linken Zeitgeist. Es waren ausschließlich rechte Autoren - darunter selbst Karlheinz Weißmann - beteiligt. Diese Politologen und Publizisten hielten es für geboten, den »antitotalitären Grundkonsens« einzufordern,



Die politische Mitte in Rostock-Lichtenhagen

wobei gleichzeitig bedauernd festgestellt wurde, dass die »fremdenfeindlichen Gewalttaten« nur von diesem »antitotalitären Grundkonsens« ablenken würden, ja »für die zusammengebrochene, desorientierte Linke (...) geradezu ein Geschenk des Himmels gewesen«⁸ seien. Diese Aussagen waren nicht nur zynisch gegenüber den Opfern des rassistischen Terrors, sondern auch in Hinsicht auf die Realität grundfalsch. Die Täter waren eigentlich klar zu identifizieren: Neonazis und normale Deutsche. In »Das Parlament« sind es jedoch die Neonazis allein gewesen, die man nun »antitotalitär« bekämpfen müsse. Damit hatte man es geschafft, sie mit den Linken auf eine Stufe zu stellen.

Dass die Gleichsetzung von Rechts und Links, wie sie auch der bayerische Innenminister Günther Beckstein fordert, wenn er bedauert, dass »die Antifa-Aktivitäten der Autonomen, die in der Öffentlichkeit, weil gegen Rechtsextremismus gerichtet, leider nicht auf die gleiche Ablehnung stoßen wie rechtsextremistische Gewalttaten«, auch praktisch völliger Quatsch ist, zeigt allein die Zahl der Tötungsdelikte. So fielen allein zwischen 1990 und 2000 mindestens 136 Menschen rechter Gewalt zum Opfer. (Weit mehr als auf das Konto der von »Killerinstinkten bestimmten« und von »Sadismus« getriebenen »Terroristen« der RAF während ihrer gesamten Bestehenszeit gingen. Die letzten inhaftierten RAF-Mitglieder sitzen übrigens noch immer bzw. haben länger im Gefängnis gesessen als Friedrich Flick oder all die anderen Judenmörder.)

⁷ Besondere Bedeutung erhält dieser Fall zusätzlich dadurch, dass er auch Vorwand für die faktische Abschaffung des Asylrechts (Grundgesetzänderung!) im Jahre 1993 war.

⁸ Knütter, Die Faschismus-Keule

⁹ Bayerischer Verfassungsschutzbericht 2004

¹⁰ das BKA spricht lediglich von 22 Tötungsdelikten

¹¹ Hamburger Abendblatt

¹² Frankfurter Allgemeine

¹³ Dieser saß gerade mal 3 Jahre, Christian Klar z.B. sitzt gerade sein 24igstes Jahr ab.



KONSTRUKTION DER MITTE

Neben all den bereits erwähnten Funktionen der Totalitarismuskonstruktion besteht eine weitere darin, die politische Mitte zu konstruieren und diese als ein nicht zu hinterfragendes Ideal zu verewigen. Sie macht jeglichen Versuch, eine Utopie auch nur zu denken zunichte, da sie ihn sofort des Massenmords bezichtigt.¹⁴ Dies funktioniert sowohl auf einer theoretischen, politischen Ebene als auch konkret in den Zusammenhängen in denen sich Linke bewegen: Jeder, der sich in solchen aufhält, kennt wahrscheinlich die Vorwürfe: man wäre genauso intolerant wie die Nazis, auch bei den Linken gäbe es Führer, meistens sind diese dann auch noch unglaublich arrogant, auch würde man die Meinung anderer unterdrücken und ihnen die seine aufdrücken usw. Es soll ausgesagt werden, dass man prinzipiell schon auf der Seite der Linken wäre, wären diese nicht so wie beschrieben. Doch diese Annahme ist grundsätzlich falsch. Der Grund, warum sie so argumentieren, ist ganz einfach: Es besteht kein Interesse an revolutionärer Veränderung.

Um wieder die Ebene der Jugendsubkulturen zu verlassen, an dieser Stelle noch einmal der Rückgriff auf den KPD-Vorsitzenden Max Reimann. Egal ob es sich um die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Einführung des Lauschangriffs oder um den Angriffskrieg gegen Jugoslawien handelte – immer waren Grundgesetzänderungen nötig bzw. wurde einfach gegen das Grundgesetz verstoßen.

Immer waren es Linke und KommunistInnen, die gezwungen waren, zu protestieren und das Grundgesetz zu verteidigen. Und immer wurden diejenigen, die z.B. gegen den von Deutschland geführten Krieg protestierten kriminalisiert: »Antimilitarismus - gegen Krieg, NATO, Bundeswehr und Militäreinsätze bzw. die angebliche Großmachtspolitik Deutschland gerichtete Agitation und Aktivitäten - war 1999 ein wesentliches Aktionsfeld im Bereich Linksextremismus.«¹⁵

Die Grenzen, wo Extremismus beginnt, werden von den Herrschenden immer nach deren momentanen Bedürfnissen definiert. Vor allem nach Rechts wird die Grenze immer weiter verrückt und immer unklarer. Parolen und Forderungen, die vor einigen Jahren sich nicht einmal die NPD hätte laut sagen trauen, werden mittlerweile von den meisten demokratischen Parteien ausgesprochen. Gleichzeitig findet von Seiten dieser ständig der Versuch einer Abgrenzung vom braunen, mord den

Mob statt. Das ist die adäquate und notwendige Antwort einer Gesellschaft, die den Faschismus nicht an sich selbst wahrnehmen, die ihr eigenes Unbewusstes, das »gewalttätige« und »totalitäre« Potential, nicht bei sich selbst finden, und die sich daher ihrer eigenen Ausgeburt nur entledigen kann, indem sie es als das »Andere« schlechthin, als das ihr völlig Äußere und Zufällige abspaltet und abstößt. Faschismus erscheint so nicht als die zwingende Folge der bürgerlichen Gesellschaft – würde er das, wäre das einzige wirksame Mittel gegen ihn vorzugehen, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden – sondern als etwas, was außerhalb ihrer Macht steht. Man ist blind gegenüber der Tatsache, dass die Ideologeme der extremen Rechten ihren Platz weit in der Mitte des gesellschaftlichen Raums haben. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer, der den Begriff des »Extremismus der Mitte« prägte und die Jahrbücher »Deutsche Zustände« veröffentlicht, wurde allein wegen dieser Aussage schon als Staatsfeind angesehen. »Wer vom Extremismus der Mitte spricht, entgrenzt den Extremismusbegriff und macht ihn unbrauchbar, delegitimiert gar den demokratischen Verfassungsstaat.« So einer der führenden Totalitarismustheoretiker, Eckard Jesse.



Die Totalitarismustheorie kann also auch als die wichtigste Theorie derer verstanden werden, die den Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus noch nie verstanden haben oder ihn nicht wahrhaben wollen.

EGAL OB ES NUN DIE STAATLICHEN VERFOLGUNGSBEHÖRDEN ODER DIE »ALTERNATIVEN« JUGENDLICHEN AUS DEM UMFELD LINKER SZENEN SIND: DIE TOTALITARISMUSTHEORIE DIENT DENJENIGEN, DIE AM BESTEHENDEN FESTHALTEN WOLLEN. DENEN, DIE IHRE UNWISSENHEIT ALS »IDEOLOGIEFREIHEIT« UND »NEUTRALITÄT« VERSTEHEN UND SELBST DA, WO SIE DEM FASCHISMUS OFFEN ENTGEGENTRETEN, IN IHM NICHT DEN AUSWURF DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT SELBST SEHEN KÖNNEN.

Mosa Pijade

¹⁴ So auch die »Freunde der offenen Gesellschaft«

¹⁵ VS Bericht 1999

Der Begriff Extremismus beschreibt die Politik bestimmter Gruppen, ihre Ziele und Methoden, als fundamentale Abweichung von den Werten der jeweils bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Er wird vom Verfassungsschutz, Politikern und manchen bürgerlichen Medien ständig verwendet, um zu betonen, dass Links- und Rechtsextremismus grundsätzlich das Gleiche seien, verfassungsfeindlich nämlich und deswegen mit aller Härte zu bekämpfen. Problematisch bei dieser Gleichsetzung ist, dass die von Linken ausgehende Gefahr krass übertrieben wird, die von Rechts wird verharmlost. So (unter-)schreibt Günther Beckstein im Vorwort des bayerischen Verfassungsschutzberichtes 2004: »Im Jahr 2004 war vor allem der Rechtsextremismus ein weiterer Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes in Bayern. Die Wahlerfolge von NPD und DVU, vor allem bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg und zuvor schon bei der Europawahl, sind ein Alarmsignal für alle Demokraten. Auch wenn ein Großteil der Wähler die extremistischen Parteien nur aus Protest gegen die Regierungspolitik gewählt haben sollte, so bleibt doch die Erkenntnis, dass es den demokratischen Parteien wohl nicht gelungen ist, den Wählern zu vermitteln, dass die platten Theorien und plumpen Lösungsvorschläge der extremistischen Parteien die Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme Deutschlands nur noch verstärken, nicht aber lösen.«¹

Es stellt sich nun die Frage, warum der Begriff extremistisch, der ganz klar sowohl links- als auch rechtsextremistisch umfasst, gleich zweimal für die rechtsradikalen Parteien DVU und NPD verwendet wird. Soll deutlich gemacht werden, dass die linksradikalen Parteien, auch wenn dies im Moment noch nicht der Fall ist, möglicherweise irgendwann einmal den Platz von NPD und DVU einnehmen könnten und man deswegen vor ihnen gleich mitwarnt? Also dass die Parteien vom linken und vom rechten Rand die gleichen Methoden haben, die gleiche Wählerschaft und sie deswegen austauschbar sind? Auch rechte Gewalt wird relativiert. So bedauert Herr Beckstein, dass »linksextremistische Gewalttaten«, wie z. B. die Störung der Münchner Sicherheitskonferenz und »die Antifa-Aktivität der Autonomen«, in der Öffentlichkeit »leider nicht auf die gleiche Ablehnung stoßen wie rechtsextremistische Gewalttaten.«² Rechte Gewalt, die sich vor allem gegen Flüchtlinge, MigrantInnen, religiöse Minderheiten, Obdachlose sowie andere Randgruppen richtet und die seit der Wiedervereinigung mindestens 136 völlig unschuldigen Menschen das Leben gekostet hat, wird mit linker Gewalt, die sich fast ausschließlich gegen Dinge, Nazis oder auf Demonstrationen gegen die Polizei richtet gleichgesetzt. Beim Verfassungsschutz ist man mit Herrn Beckstein einer Meinung und kümmert sich besonders eifrig um Linksradikale: So beschäftigen sich im Amt neun Mitarbeiter mit fünfzig gewaltbereiten Linken, während für 1.500 gewaltbereite Rechte

vierzehn Leute abkommandiert sind. (»Stern« vom 4. Mai 2000)
 Antifaschismus, der lange Zeit für Staat und breite Öffentlichkeit völlig uninteressant war und nur von linken Gruppen betrieben wurde, ist seit dem Jahr 2000 unter dem Motto »Aufstand der Anständigen staatlich verordnet. Um jedoch den Unterschied zwischen dem friedlich-kreativen Protest der Bürger und dem der Linken klar herauszustellen, betont der Verfassungsschutz, dass der »Antifaschistische Kampf« der »gewalttätigen Linksextremisten«/«fanatischen Autonomen« aus »brutalen Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten« besteht und deswegen zu verurteilen ist. »Die Rechtsextremisten reagieren darauf ebenfalls mit Gewalt«³, d.h. sie handeln aus Notwehr, die Aggressionen gehen angeblich von den Linken aus. Der VS kann zahlreiche Schauermärchen über Linksextremisten erzählen, die größtenteils einfach nur lächerlich sind. Zu befürchten bleibt jedoch, dass sie von einem Großteil der Bevölkerung nicht hinterfragt werden – so steht in der Broschüre »VS gegen Linksextremismus«: »Das Recht auf Leben (...) gilt ihr (der extremistischen Linken) im Zweifel wenig oder nichts.«⁴ Diese These, die nicht begründet wird, diffamiert alle Linksextremisten als potentielle Mörder. Eine Behauptung, die völlig aus der Luft gegriffen ist. Seit dem Fall des GSG-9-Beamten Michael Newrzella, der am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen von dem RAF-Mitglied Wolfgang Grams erschossen wurde, begingen Linksextremisten in Deutschland keinen Mord mehr.

Doch nicht nur die angeblich von ihr ausgehende Gewalt ist ein Grund für die Dämonisierung der Linken. Der Kampf gegen den Linksextremismus wird auch historisch begründet. Denn der Verfassungsschutz weiß: schon »die erste Demokratie auf deutschem Boden – die Weimarer Republik wurde von linken und rechten Verfassungsfeinden zerrieben. Sie endete in der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«⁵ Es wird also den Linken eine bedeutende Mitschuld an der Machtergreifung der Nazis, und damit in letzter Konsequenz sowohl am 2. Weltkrieg, als auch am Holocaust unterstellt. Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen zu dieser Zeit antidemokratisch gesinnt war, sich nach einem autoritären System (zurück-)sehnte und sich für den Nationalsozialismus begeisterte, wird nicht erwähnt. Dass die Arbeiterbewegung, als eine der wenigen und der entschiedensten Gegnerinnen des Nationalsozialismus, entscheidend zu dessen Erfolg beigetragen haben soll, ist schlichtweg falsch. Das Einzige was den Arbeitern vorzuwerfen ist, ist, dass sie die Nazis unterschätzten und zu viel Energie darauf verwendeten die Sozialdemokraten bzw. die Kommunisten zu bekämpfen, statt sich gegen die Faschisten zu verbünden, was aber die Unterstellung des VS keineswegs rechtfertigt oder belegt. Außerdem habe die »kommunistische Diktatur« in der DDR und der Sowjetunion gezeigt, dass »Linksextremismus in sei-

¹ bayerischer VS-Bericht 2004

² ebenda

³ Verfassungsschutz Bayern, Faltblatt »Terror und Gewalt«

⁴ BfV, Broschüre »Verfassungsschutz gegen Linksextremismus«

⁵ Verfassungsschutz Bayern, Faltblatt »Verfassungsschutz«

ner Praxis und in seiner Konsequenz totalitär, diktatorisch« sei, sowie »die Freiheit jedes einzelnen«⁶ gefährde. Dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, die sich heute als KommunistInnen bezeichnen, auf keinen Fall die Wiederauferstehung des Stalinismus/ Realsozialismus anstreben und durchaus eine Weiterentwicklung stattgefunden hat, wird schlichtweg geleugnet, Kommunismus mit Stalinismus gleichgesetzt. »Die noch aktiven linksextremen Organisationen haben sich inzwischen auf die veränderte Situation (nach Zusammenbruch des Realsozialismus) eingestellt. Ihre verfassungsfeindlichen Ziele haben sie allerdings nicht aufgegeben: Revolution, Klassenkampf und »Diktatur des Proletariats«.⁷ Insgesamt wird ein Bild gezeichnet, dass die radikalen Linken als fanatische Gewalttäter darstellt, denen alle Mittel recht sind – auch Mord – um den Kommunismus à la Stalin wiederaufstehen zu lassen und alle Errungenschaften der Aufklärung, wie z.B. die Freiheits- und Menschenrechte, sowie die politische Mitbestimmung abzuschaffen.

Im Gegensatz dazu scheint es, als ob sich der Verfassungsschutz, in Zusammenarbeit mit Regierung und Justiz, sehr darum bemüht die von den Rechten ausgehende Gefahr zu verharmlosen. Das zeigt sich vor allem im Umgang mit Statistiken rechter Gewalttaten. So konstatierte Ulla Jelpke (MdB für die PDS, Journalistin für u.a. die Junge Welt), die regelmäßig parlamentarische Anfragen über »ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen« / »antisemitische Ausschreitungen« und kleine Anfragen zu rechtsextrem motivierten Tötungsdelikten an die Bundesregierung stellt, »dass die Zahlen, mit denen das Bundesministerium des Innern, die Parlamentarier und die Öffentlichkeit über das Ausmaß rechtsextremistischer Straftaten und Gewalttaten informiert, nur mangelhaft und unvollständig sind. Auch die Bereitschaft, überhaupt Auskunft über derartige Vorfälle zu geben, ist nicht sonderlich ausgeprägt.«⁸

Die Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Cottbus schätzt etwa, dass »weniger als ein Zehntel aller rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttaten als solche an die Öffentlichkeit« gelangen. Der Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums, Julius Schoeps, geht davon aus, dass jüdische Friedhöfe in Deutschland zwei bis dreimal so häufig geschändet werden, als von den Verfassungsschützern angegeben.

D.h. die Statistiken sind schlichtweg falsch.

Das liegt daran, dass die Landeskriminalämter viele eigentlich offensichtlich rechtsextreme Straftaten nicht als solche anerkennen, um die Fallzahlen möglichst niedrig zu halten und den Ruf der Regionen nicht zu schädigen. Selbst bei Morden besteht eine große Diskrepanz zwischen offiziellen Angaben der Regierung und unabhängigen Statistiken. Am 14. September 2000 hatten die Tageszeitungen »Frankfurter Rundschau« und »Der Tagesspiegel« eine Übersicht von 93 Fällen veröffentlicht, bei denen seit 1990 Menschen unterschiedlichster Herkunft und Staatsangehörigkeit aus rechtsex-

tremen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven getötet worden waren. Bis dato hatte die rot-grüne Bundesregierung lediglich 24 Tote als Opfer rechter Gewalt anerkannt. Im Mai 2001 wurde eine Reform des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes »Politisch motivierte Kriminalität« (KMPD-PMK) durchgeführt. Ab jetzt wurden auch Gewalttaten gegen Flüchtlinge, Homosexuelle, Behinderte, MigrantInnen, alternative Jugendliche und Obdachlose als politisch rechts motiviert angesehen, was vorher größtenteils nicht der Fall war. Doch selbst nach einer erneuten Überprüfung der Fälle durch die Landeskriminalämter ging das Innenministerium von der realitätsfernen Zahl von 36 Opfern aus.⁹ Die Abweichungen sind auch nach der Reform noch erheblich. Wurden vom Landeskriminalamt (LKA) im Jahr 2004 107 rechtsmotivierte Gewalttaten registriert, so spricht eine unabhängige Statistik (Opferperspektive) im selben Zeitraum von 134 Angriffen. Zwei mögliche Gründe für diese Diskrepanz sind, dass die Tatmotive vor Gericht nicht ausreichend geklärt werden oder der politische Hintergrund von der Polizei »übersehen« wird. Ein Beispiel: am 20. Juni 2005 meldete die Fürstenwalder Polizei: »In der Nacht zum Sonntag wurde der Polizei gegen Mitternacht eine Schlägerei im Fürstenwalder Stadtpark gemeldet. Nach ersten Informationen handelte es sich dabei um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Jugendgruppen mit mehreren Personen.« Kein Wort davon, dass die Täter rechtsorientierte Jugendliche und die Opfer Punks und Alternative waren, kein Wort von den Beschimpfungen wie »Zecken, wir töten euch« und »ihr roten Schweine«, kein Wort davon, dass es ein einseitiger Angriff von Rechten auf Punks war. Stattdessen wird der Angriff zu einer »Auseinandersetzung zwischen zwei Jugendgruppen« entpolitisiert, für die beide Seiten gleichermaßen verantwortlich erscheinen. Dieses Interpretationsmuster ist durchaus typisch, wie alternative Jugendliche oft erfahren müssen. Auch wenn die Fürstenwalder Polizei diese falsche Erstinstufung im weiteren Verlauf der Ermittlungen korrigierte, so ist nicht davon auszugehen, dass dies bei falschen Einstufungen generell geschieht.¹⁰

Doch selbst die viel höheren Zahlen der unabhängigen Chroniken rechter Gewalt, die solche Fälle aufnehmen, sind nicht vollständig. Schätzungen über das Dunkelfeld nicht angezeigter rechter Gewalttaten sind kaum möglich, Studien zu dieser Frage noch nicht erschienen. Die Angabe des Dresdner Projekts »Anstiftung« aus dem Jahr 2000, dass »rund Dreiviertel aller Übergriffe von Rechtsradikalen gegen Ausländer in den neuen Ländern [...] nicht zur Anzeige [kommen]«, beruhte auf groben Schätzungen von Experten und ersetzt keine Dunkelfeldanalyse.¹¹ Anzunehmen ist, dass insbesondere Angriffe, die für manche Opfer fast alltäglich sind, wie Bedrohungen oder Nötigungen, oft nicht zur Anzeige gelangen.

Auch wird häufig die Anzahl rechtsextremer Propagandadelikte (überwiegend Hakenkreuzschmierereien) verringert, indem man sie zu nicht politisch motivierten Propagandadelikten zählt, mit der Begründung, dass im

⁶ BfV, Broschüre »Verfassungsschutz gegen Linksextremismus«

⁷ Verfassungsschutz Bayern, Faltblatt »Kommunismus«

⁸ <http://lobbi-mv.de>

⁹ ebenda

¹⁰ www.opferperspektive.de

¹¹ ebenda

Regelfall keine Hinweise auf den Täter und dessen Motivation vorlägen. Daher meldete das Land Berlin im »Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001« zwar insgesamt 1397 Straftaten nach §§86,86a StGB (Verbreiten/Verwendung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen). Davon werden jedoch lediglich 238 als »politisch motiviert – rechts« eingeordnet und in die entsprechende Gesamtfallzahl mit aufgenommen.¹²

Außerdem kann man sagen, dass Neonazis eher als meist junge Opfer der Gesellschaft, als Verlierer die sich ausgegrenzt fühlen und deswegen den Parolen der Rechten verfallen, als als mündige Menschen, die für ihr Handeln und ihre Meinung selbst verantwortlich sind, charakterisiert werden.

Der oft etwas zaghafte Umgang des Verfassungsschutzes mit den Nazis zeigt sich insbesondere darin, dass er sich die meisten Informationen, die er über rechte Strukturen hat, von so genannten V-Leuten geben lässt. Der Verfassungsschutz arbeitet also bei ihrer Bekämpfung mit den Rechten zusammen. Die V-Leute sind Nazis, die vom VS angeworben werden und gegen Geld oder Strafmilderung wahre oder erlogene Informationen preisgeben. Die Geschichte der Arbeit mit Spitzeln belegt, dass dieses Mittel zur Bekämpfung der Rechtsextremen seinen Zweck oft verfehlte und dadurch die Strukturen gefördert und geschützt wurden. Es wurde finan-

zielle und strukturelle Aufbauhilfe geleistet. Oft entstanden neonazistische Gruppen erst durch die V-Leute.¹³ Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass die so genannte »Grauzone«, also jene Organisationen die zwischen Rechtsextremen und einem breitem konservativen Spektrum agieren, nicht erwähnt werden. So wird kaum oder gar nicht auf Studentenverbindungen wie die »deutsche Burschenschaft« oder die »deutsche Gildenschaft« eingegangen. Auch Vertriebenenverbände und ihr Drumherum wie die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen« oder die Zeitung »Der Schlesier« bleiben unerwähnt.

So erleichtert der Verfassungsschutz das Leben der Rechtsextremen in vielerlei Hinsicht, er relativiert bzw. verschweigt ihre Gewalttaten, diffamiert die Linken, als ihre entschiedensten Gegner, verlässt sich bei seinen Recherchen auf die Aussagen überzeugter Nazis und lenkt von der Gefahr ab, die v.a. von ihrem Einzug in die Parlamente ausgeht, indem er die Linken bei jeder Gelegenheit als gewalttätige FanatikerInnen dämonisiert und in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt.

Franny Berry

¹² ebenda

¹³ AIB, Nr.51, 02.2000

DAS TOTALITARISMUSMODELL HANNAH ARENDTS

Nach dem zweiten Weltkrieg war es zuerst Hannah Arendt, die mit ihrem »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« (in Amerika 1950, in Deutschland 1955 veröffentlicht) ein Modell der Totalitarismustheorie hervorbrachte. Damit war eines der bedeutendsten Werke der Totalitarismusforschung geschrieben – und zwar genau zur richtigen Zeit: der Kalte Krieg war in vollem Gange und jede Unterstützung im Kampf gegen den Feind im Osten wurde gerne angenommen. Mit dem Konzept des Totalitarismus konnte man nun jede in Bezug auf die Sowjetunion getroffene Maßnahme begründen. Immerhin wurde der neue, der kommunistische Feind jetzt als genauso gefährlich erkannt, wie es vor kurzem noch Nazi-Deutschland war. Und dies sogar mit einer (scheinbaren) wissenschaftlichen Begründung. So übernahm man dankend diese Theorie, und es dauerte nicht mehr lange, bis sie zur offiziellen Staatsdoktrin vieler westlicher Staaten erhoben wurde. Für den Schulunterricht als verbindlich erklärt, zog sie z.B. in die Köpfe der amerikanischen SchülerInnen ein.

Aber auch in der BRD verabschiedete man ohne größere Kontroversen 1962 die ‚Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht‘. Damit hatte man die Totalitarismustheorie nun endgültig als richtig und erwiesen erklärt und sie fest in der gesellschaftlichen Meinungsbildung verankern können. Denn besonders interessant war diese Theorie von den Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten NS-Deutschlands mit der kommunistischen Sowjetunion vor allem für die Bundesrepublik. Immerhin eignete sie sich bestens, den Fokus auf Taten anderer zu lenken, von den eigenen nicht

mehr reden zu müssen und somit auch um herauszustellen, dass die Schuld Deutschlands vielleicht doch nicht so einzigartig sei, wie bislang – von einigen – angenommen. Endlich stand man nicht mehr alleine am Pranger und durfte sogar selbst mit dem Finger auf andere zeigen.

Im Folgenden soll nun Hannah Arendts Konzept des totalen Staates vorgestellt und diskutiert werden.

DIE ELEMENTE UND URSPRÜNGE

Ihr Buch beginnt Hannah Arendt mit einem langen Kapitel, in dem sie eine Analyse der Entwicklung des Antisemitismus im 19. Jahrhundert und dessen Bedeutung für das Entstehen einer totalen Herrschaft vornimmt. Während der bereits seit Jahrhunderten bestehende Antijudaismus vorwiegend religiös motiviert war – in den Jüdinnen/Juden sah man in erster Linie die Christusmörder – kam im 19. Jahrhundert der rassistisch und völkisch argumentierende Antisemitismus auf, der von einer biologistischen Klassifizierung in Rassen und Völker ausgeht und ein »jüdisches Wesen« unabhängig von der Religion konstruiert. Denn erst zu dieser Zeit, als die Jüdinnen/Juden teilweise in Europa emanzipiert waren, hatten sie auch das Bedürfnis ein Teil der (nichtjüdischen) Gesellschaft zu werden. Hier beginnt der »Antisemitismus eine Rolle für die Konservierung des Volkes zu spielen« und wird als eine irrationale Ideologie an den Nationalismus gebunden. Gerade bei den Deutschen ist, nach Arendt, das Bedürfnis sich gegen die Assimilation der Jüdinnen/Juden zu wehren, besonders ausgeprägt. Da es in Deutschland nie zu einer nationalen

Emanzipation, wie in Frankreich mit der Revolution von 1789, kam, sei gerade hier die »völkische Verbundenheit (...) Ersatz für nationale Emanzipation« gewesen: »Das völkische Element ist für den deutschen Rassebegriff lange entscheidend geblieben und (...) niemals ganz aus ihm verschwunden. Die Bedingungen und politischen Zwecke, die Abwehr der Fremdherrschaft und die Einigung des Volkes, haben zumindestens bis zur Reichsgründung in der Entwicklung des Rassebegriffs mitgewirkt, so daß sich hier in der Tat echter Nationalismus und typische Rassevorstellungen vielfach miteinander mischen und eben jenes völkische Denken erzeugen, das es nur im deutschsprachigen Bezirk gibt.«

Eine besondere Bedeutung für die Entwicklung dieser national-völkischen Ideologie macht Arendt nun im Imperialismus aus, den sie als weiteren Ursprung einer totalen Herrschaft sieht und im zweiten großen Kapitel ihres Buches untersucht. Für Hannah Arendt steht fest, dass die Idee des Nationalstaats gescheitert ist. Immer gibt es Minderheiten oder unterschiedliche Dialekte innerhalb eines Nationalstaats. Dieser hat sich aber eine Gemeinschaft mit einheitlicher Kultur, Sprache etc. zum Ziel gemacht. Um diese nun zu erreichen bleiben nur zwei Möglichkeiten: Assimilation oder Vernichtung der Minorität. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass bisher der Weg der Vernichtung bzw. Vertreibung gewählt wurde. Zerstört wurde der Nationalstaat aber vor allem durch die Entstehung der neuen Herrschaftsform des Imperialismus. Durch die Zwänge der Funktionsweise der kapitalistischen Produktion war es nur eine Frage der Zeit, bis er die Bühne betrat. Das Wirtschaftswachstum in den europäischen Staaten stieß irgendwann an seine Grenzen – der Markt war erschöpft. Überschüssiges Kapital kann aber nur weiterhin investiert werden, wenn auch neue ArbeiterInnen und neue KundenInnen vorhanden sind, und somit war der Startschuss zur Kolonisation gegeben. Diese Expansion folgte demnach rein wirtschaftlichen Interessen: »Und so kam es, dass zum ersten Mal die politischen Machtmittel des Staates den Weg gingen, der ihnen vom Kapital vorgewiesen war.« Dieser wirtschaftliche Bereich steht bei Arendt allerdings im krassen Gegensatz zum politischen, dessen Unabhängigkeit sie also hier in Gefahr sieht. In den Kolonien wurde die Bevölkerung nicht regiert, sondern verwaltet. Ihr wurden keine Bürgerrechte eingeräumt, und sie war somit der Willkür der Kolonialherren ausgeliefert, welche nicht nach Gesetzen, sondern mittels Verordnungen herrschten. Wenn aber diese zum alleinigen Machtinstrument werden, ist für Hannah Arendt der Rechtsstaat passé. Stattdessen entsteht eine anonyme bürokratische Herrschaft. Die Zerstörung des Politischen durch den Imperialismus – Arendt stellt die These auf, dass das Politische in dem Maße zerstört wird, wie dem Imperialismus keine Grenzen gesetzt werden – bildet in mehrfacher Hinsicht eine Grundlage für die totale Herrschaft. Der Imperialismus, also das Ende des Nationalstaates, bringt eine Unmenge an Staatenlosen hervor. Wie bereits beschrieben, werden den nicht zum ‚Volk‘ gehörenden Menschen ihre Rechte genommen, sie werden vertrieben oder vernichtet. Man nimmt ihnen jegliche rechtliche und damit auch moralische

Position, schickt sie als Bedürftige über die Grenzen, macht sie somit auch in den Nachbarländern zu ungerne gesehenen, da hilfebedürftigen Gästen, verstärkt dieses Bild noch durch entsprechende systematische Meinungsbildung und schafft es so, sie zu Menschen zu machen, denen jede Möglichkeit eines politischen Engagements genommen ist. Wie wichtig der Zusammenhang von Propaganda, Antisemitismus, einer Politik der Entrechtung der Flüchtlinge und der Gebundenheit von Rechten an eine Staatlichkeit für die Entstehung eines totalitären Staates ist, wird deutlich wenn Arendt deren Auswirkungen auf die anderen Staaten beschreibt: »Denn nicht nur gelang es auf diese Weise, die Juden wirklich zum Abschaum der Menschheit zu machen, es gelang auch, was im Großen gesehen ungleich wichtiger für totalitäre Herrschaft war, praktisch, am Modell einer unerhörten Not für unschuldige Menschen, darzulegen, daß solche Dinge wie unveräußerbare Menschenrechte bloßes Geschwätz und daß die Proteste der Demokratien nur Heuchelei seien. Das bloße Wort ‚Menschenrechte‘ wurde überall und für jedermann, in totalitären und demokratischen Ländern, für Opfer, Verfolger und Betrachter gleichermaßen, zum Inbegriff eines heuchlerischen oder schwachsinnigen Idealismus.«

Durch den Imperialismus kommt es aber noch zu einer anderen Veränderung, die als Vorstufe des totalitären Staates bezeichnet werden muss. Im Zuge der Entfaltung des Kapitalismus und der Expansion der Nationalstaaten entsteht eine soziale Schicht, die Arendt abwertend als den ‚Mob‘ bezeichnet. Dieser ging, ihrer Meinung nach, ein Bündnis mit dem Kapital ein. Er folgte diesem bei seiner Ausbreitung, unterwarf sich ihm und den Interessen der bürgerlichen Herrschaft und gab alle seine Prinzipien auf. Der Mob als ein Produkt der Gesellschaft, als ein Abfallprodukt der kapitalistischen Gesellschaft, setzt sich aus dem Müll aller Klassen und Schichten zusammen und erscheint somit als klassenlose Gemeinschaft – oder später, im Jargon der Nazis, als Volksgemeinschaft¹. Gerade aus dieser sieht Arendt nun die erste Führungsschicht des totalitären Staates kommen, der Mob wird den eigentlichen Kern des Faschismus bilden, aus ihm kann ein Umschlagen der Demokratie in Despotie hervorgehen.

Zum ersten Mal kam es Hannah Arendt zufolge zu einem Bündnis zwischen Kapital und Mob, zu einem Staat mit dem Grundprinzip des Rassengedankens und zur Entstehung einer nicht nach Rentabilität funktionierenden Wirtschaft im Burenstaat. In Südafrika sei die »moderne Mobmentalität mit dem ihr so gemäßen Rassenwahn« ausgebildet und die »Idee des ‚Verwaltungsmassenmordes‘, mit der die Nazis die Judenfrage lösten und mit der sie hofften, alle noch verbliebenen demographischen Probleme der Welt zu lösen« entwickelt und angewandt worden. Da man hier das »aus der Geschichte Deutschlands so bekannte Phänomen einer weder sozialistischen noch am Profit orientierten Wirtschaft« wieder findet, hätte Südafrika alles nötige für ein totalitäres Regime bereitgestellt.²

¹ Arendts Ansicht der Mob wäre im Jargon der Nazis die Volksgemeinschaft ist äußerst fraglich. Denn das würde ja heißen, dass die von den Nazis propagierte Volksgemeinschaft nur den Abfall der kapitalistischen Gesellschaft umfassen würde, also nicht alle Deutschen.

² An dieser Stelle ist die Frage, ob denn im nationalsozialistischen Deutschland tatsächlich das »Phänomen einer weder sozialistischen noch am Profit orientierten Wirtschaft« zu finden ist, durchaus berechtigt.

Alle erwähnten Voraussetzungen treffen jedoch nur – teilweise – für den Nationalsozialismus zu, nicht für die Sowjetunion, welche Arendt neben Hitler-Deutschland als den zweiten totalitären Staat ansieht. Die ersten zwei Kapitel ihres Buches ‚Antisemitismus‘ und ‚Imperialismus‘ wirken auch eher wie eine Geschichte des ‚Dritten Reichs‘, welches man auch ohne Zweifel als ein totalitäres Regime auf der Basis einer Rassendoktrin bezeichnen kann.

Im dritten Kapitel mit dem Titel ‚Totale Herrschaft‘ verlässt Arendt allerdings ihre Zielsetzung, einen »Frontalangriff auf des europäische neunzehnte Jahrhundert« durchzuführen und beginnt mit dem Versuch, die totalitären Elemente der Sowjetunion herauszuarbeiten.

Bei beiden Regimes handelt es sich ihrer Analyse nach um dieselbe Staatsform. Damit diese entstehen konnte, brauchte es einen Untergang der Klassengesellschaft und die nachfolgende Atomisierung der orientierungslos gewordenen Massen. In dieser gibt es dann keine Form von Gruppensolidarität mehr, und alle bisherigen sozialen Bindungen verschwinden. Jeder Zusammenhalt mit ehemals Gleichgesinnten oder Gleichgestellten ist zerbrochen, jedeR Einzelne ist verlassen. Eine auf den Führer ausgerichtete, anonyme Gesellschaft entsteht. Gegenüber dem totalitären Machthaber treten alle anderen Beziehungen in den Hintergrund, die/der Einzelne geht in der Bewegung unter. Es gelten keine moralischen Prinzipien mehr, Denunziation steht auf der Tagesordnung. Solche totalitären Bewegungen sind überall dort möglich, wo die oben beschriebenen Massen existieren. Diese werden nicht von gemeinsamen Interessen zusammengehalten – ihnen fehlt jegliches spezifische Klassenbewusstsein – sondern sind einfach nur eine Gruppe, die durch ihre Größe oder ihre Gleichgültigkeit für öffentliche Angelegenheiten sich in keiner Organisation strukturieren lässt. Potential für solche Massen gibt es jederzeit in bevölkerungsstarken Staaten. Solange es keinen totalitären Staat gibt, bilden sie die große Gruppe der politisch Nichtinteressierten. Für eine solche Massengesellschaft sind Vereinzelung und Verlassenheit kennzeichnend und somit ist für sie eine totale Herrschaft die adäquate politische Form.

Eine totalitäre Organisationsform der Gesellschaft und deren Propaganda sah Arendt als wichtige Mechanismen an, die Menschen eines totalen Staates ruhig zu stellen, sie daran zu hindern, politisch aktiv zu werden.

Noch wesentlicher und mächtiger sind allerdings die totale Ideologie und der Terror.

Unter Ideologie versteht Hannah Arendt eine Theorie, die versucht, »nicht das, was ist, sondern (...) das, was wird, was entsteht und vergeht« zu erklären. Für sie ist es das Wesen einer Ideologie, aus einer Idee eine Prämisse, »aus einer Einsicht in das, was ist, eine Voraussetzung für das, was sich zwangsmäßig einsichtig ereignen soll« zu machen.

Ein weiteres Wesen der totalitären Herrschaft ist der Terror, der sich vor allem in den Konzentrationslagern zeige: »Die Lager dienen nicht nur der Ausrottung von Menschen und der

Erniedrigung von Individuen, sondern auch dem ungeheuerlichen Experiment, unter wissenschaftlich exakten Bedingungen Spontaneität als menschliche Verhaltensweise abzuschaffen und Menschen in ein Ding zu verwandeln, das unter gleichen Bedingungen sich immer gleich verhalten wird, also etwas, was selbst Tiere nicht sind.« Die Konzentrationslager³ waren das Modell und das Ideal der totalitären Herrschaft, hier wurde den Menschen das genommen, was sie überhaupt erst zu Menschen gemacht hatte: ihre Möglichkeit nach eigenen Überlegungen zu handeln und neu zu beginnen. Angst und Schrecken werden durch eben diese Lager, aber auch durch Denunziation der vereinzelt Menschen in der Masse verbreitet. Unter solchen Bedingungen wird Handeln unmöglich, wird die menschliche Spontaneität zerstört. Gerade aber darin vermutet Arendt die Fähigkeit, »eine Reihe von vorne anfangen zu können.« Sie meinte damit allerdings nicht die Idee des bürgerlichen Individualismus, sondern wollte die Möglichkeit, Fehler zu machen, verteidigen. Wichtig sei, dass man nach einem begangenen Fehler von vorne beginnen, etwas Neues entwickeln könne. Mit der Spontaneität ist in den totalitären Staaten jedoch nicht nur die Grundlage jeder Freiheit verschwunden, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft von innen heraus zu verändern. Denn jedes Handeln, alles Politische wird durch eben diese Spontaneität hervorgebracht, beruht auf ihr. Gibt es sie nun nicht mehr, gibt es auch keine politische Artikulation, keine Opposition mehr, die eine andere Meinung anbietet und damit auch keine Aussicht auf eine Rettung, Befreiung von einem totalen Regime aus dem entsprechenden Land heraus.

In »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« schlägt sich Hannah Arendt also lange damit herum, die totale Herrschaft als aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehende zu beschreiben. Sie betont deutlich das Moment der Kontinuität der beiden Staatsformen, deren Entwicklung sie vor allem in Bezug auf den Zwang des Kapitals zur Expansion darstellt⁴. Die Ordnung des totalen Staates ist aus der bürgerlichen Gesellschaft erwachsen⁵ – doch was kommt nach einer totalitären Herrschaft? Kann überhaupt noch etwas kommen? Denn immerhin wird dort jede Möglichkeit der Befreiung zerstört. Für Hannah Arendt wird die Spontaneität aber mit jeder Geburt eines Menschen aufs Neue wieder hergestellt und es ergibt sich die Möglichkeit von vorne anzufangen, den Lauf der Geschichte zu verändern. Darauf beruht Hannah Arendts antitotalitäre Hoffnung.

KRITIK AN ARENDTS TOTALITARISMUSKONZEPTION

Nachdem jetzt beschrieben wurde, welche Merkmale Arendt einer totalitären Herrschaft zuschreibt, soll im Folgenden darauf eingegangen werden, wie sie diese im Nationalsozialismus und im Stalinismus wiederfindet. Diese beiden Staaten, das »Dritte Reich« und die Sowjetunion unter Stalin stellen für Hannah Arendt die einzigen totalen Regime dar. Alle anderen Staaten, auch die Satellitenstaaten der Sowjetunion, die DDR, die Volksrepublik China und auch die UdSSR nach dem Tod

³ Definition Konzentrationslager: »Gefängnisähnliches Massenlager, in dem politische Gegner oder aus anderen Gründen missliebige Personen, meist ohne Prozess, gefangen gehalten werden« (Immanuel Geiss: Geschichte griffbereit. Bd. 4: Begriffe, München Gütersloh 2002, S. 844) Später wird noch darauf eingegangen, welcher Fehler Arendt unterläuft, wenn sie die Lager der BolschewistInnen mit denen der NationalsozialistInnen auf eine Stufe stellt.

⁴ Wobei die Frage durchaus gerechtfertigt ist, wie Arendt diese Analyse auf den Kommunismus anwendet.

⁵ Auch hier steht die Frage im Raum, wie Arendt das auf die kommunistische Sowjetunion anwendet, da dort vor der Revolution ein zaristisches Regime an der Macht war.

Stalins 1951 sind nach ihrer Auffassung keine totalen Staaten, sondern Einparteiendiktaturen. Tatsächlich sprach sie sich sogar für eine sparsame Verwendung des Begriffs des Totalitären aus. Gleichzeitig wehrte sie sich gegen eine Instrumentalisierung ihres Buches zur Verharmlosung der deutschen Taten während des Nationalsozialismus. Allerdings betrieb sie selbst eine verharmlosende Praxis, in dem sie oft, scheinbar unüberlegt und sich der Ausmaße nicht bewusst, die Taten, die Struktur sowie die grundlegenden Theorien der NationalsozialistInnen mit denen der BolschewistInnen vergleicht und auf eine Ebene stellt.

Für sie handelt es sich um »Variationen des gleichen Modells«, das in den, sich auf Ideologien stützenden Massenbewegungen, dem Rassismus und dem Marxismus sichtbar werde. Die Realitätswahrnehmung der Gesellschaft sei in beiden Ländern durch die vom jeweiligen Regime propagierte politische Anschauung verändert worden. In beiden Staaten sei dies eine Theorie gewesen, die zur Erklärung des Zukünftigen bestimmte Gesetze aufstelle und etwas proklamiere, was sich ‚zwangsmäßig‘ ereignen soll. Dies trifft zweifelsohne auf die Rassenideologie der Nazis zu, deren ‚Bevölkerungspolitik‘ darauf abzielte, »die ‚lebensuntauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen‘ (...) zu vernichten.« Für Arendt gilt dies nun auch für die stalinistische Sowjetunion: sie setzt die ‚rassehygienischen‘ Ziele der NationalsozialistInnen mit den klassenkämpferischen der BolschewistInnen weitgehend gleich.

Ihres Erachtens sind die Berufung der Nazis auf den Rassismus und die Gesetze der Natur von Darwin mit dem Bekenntnis der BolschewistInnen zur marxistischen Lehre von der Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung zu vergleichen und größtenteils gleichzusetzen: »Dem Glauben der Nazis an Rassegesetze lag die Darwinsche Vorstellung vom Menschen als einem zufälligen Resultat einer Naturentwicklung zugrunde, die nicht notwendig mit dem Menschen an ihr Ende gekommen zu sein braucht. Dem Glauben der BolschewistInnen an Geschichtsgesetze liegt Marx' Vorstellung von der menschlichen Gesellschaft als dem Resultat eines gigantischen Geschichtsprozesses zugrunde, der mit immer vergrößerter Geschwindigkeit seinem Ende entgegenrast und sich selbst als Geschichte aus der Welt schafft.« Diese weitgehende Gleichstellung kann allerdings nur als falsch bezeichnet werden, betrachtet man, dass es Unterschiede zwischen dem ‚Recht der Natur‘ und dem ‚Gesetz der Geschichte‘, bzw. zwischen der marxistischen ‚Lehre vom Kampf der Klassen‘ und der von den Nazis übernommenen und missbrauchten darwinistischen ‚Lehre vom Recht des Stärkeren‘ gibt. Eine sehr bedeutsame Differenz benennt Marx selbst: »[In] der Geschichte der Gesellschaft sind die Handelnden lauter mit Bewusstsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaft handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewusste Absicht, ohne gewolltes Ziel. Aber dieser Unterschied [zur Entwicklungsgeschichte der Natur], so wichtig er für die geschichtliche Untersuchung namentlich einzelner Epochen und Begebenheiten ist, kann nichts ändern an der Tatsache, dass der Lauf der Geschichte durch innere allgemeine Gesetze beherrscht wird.« Folglich ist es nicht zulässig, die Klassenfeinde der Sowjetunion mit den, im Nationalsozialismus nicht einmal mehr als Menschen verstandenen Jüdinnen/Juden zu vergleichen.



Die jüdische Philosophin Hannah Arendt

Falsch liegt Arendt auch, wenn sie meint, dass die »Konzentrations- und Vernichtungslager [...] dem totalen Herrschaftsapparat als Laboratorien« gedient hätten, »in denen experimentiert« wurde, »ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, dass Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist.« Auschwitz war kein ‚Laboratorium‘. Diese Metapher ist unangebracht. Auschwitz war eine Todesfabrik. In den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ging es nicht um die ‚Beherrschbarkeit von Menschen‘ generell, sondern um die Vernichtung von Angehörigen einer genau bestimmten ‚Rasse‘.

Auch ist es unzulässig, von ‚Sozialismus oder Rassendoktrin‘ als gleichgestellte Ideologien zu sprechen, war doch der Feind der Nazis ‚der Jude‘. Also ein vollkommen irrational herbeikonstruierter Feind, der diese Position bereits von Geburt an inne hat und sie auch sein Leben lang nicht los wird. ‚Der Jude‘ wurde zum ‚Blutsfeind‘ auserkoren, der die deutsche Rasse gefährde und somit vernichtet werden müsse. In der Sowjetunion waren die Feinde dagegen diejenigen, die die kommunistische Weltanschauung nicht teilten, sich gegen den Sozialismus aussprachen und damit Klassenfeinde. Sie wurden bekämpft, weil sie das System bedrohten (Im Gegensatz zu den Jüdinnen/Juden. Diese galten zwar als die vermeintlichen WeltverschwörerInnen, hatten aber selber – natürlich – nie solche Bestrebungen. In der Weise, wie sie tatsächlich Kritik gegen die NationalsozialistInnen formulierten, wurden sie dagegen nie wahrgenommen.), also sich selbst zu GegnerInnen gemacht haben. Sie haben eine bewusste Entscheidung getroffen und waren nicht von Geburt an einer ‚minderwertigen Rasse‘ zugehörig und deshalb zur Vernichtung freigegeben. Die GegnerInnen der KommunistInnen hatten immer die Wahl, da das Ziel des bolschewistischen Staates das (frei)willige Bekenntnis zu seinem System war, die Verfolgung also mit diesem aufhörte, während die Jüdinnen/Juden niemals die Wahl hatten und selbst als vorbildlichste, nationalistischste und regimetreueste Deutsche nicht vor der Vernichtung gefeit waren. So klingt es auch äußerst zynisch, wenn Arendt davon

schreibt, »daß die Nazis die Welt erobern, ‚artfremde‘ Völker aussiedeln und ‚erbbiologisch Minderwertige ausmerzen‘, war so wenig ein Geheimnis wie die Weltrevolution und -eroberungspläne des russischen Bolschewismus.«

Auch muss man sich die Frage stellen, wer laut Arendt in die Lager der Sowjetunion gebracht wurde, da sie schreibt, dass bei den Kriminellen und aus politischen Gründen Internierten die Vernichtung der juristischen Person nicht vollständig gelingen kann, weil diese wissen warum sie dort sind. Nach Arendts Meinung sind die meisten Insassen völlig unschuldig, denn gerade die Unschuldigen seien die, die in den Gaskammern liquidiert werden, während die RegimegegnerInnen häufig schon im Vorfeld getötet werden. Dies mag vielleicht noch für den Nationalsozialismus zutreffen, jedoch ist diese Feststellung in keiner Weise auf die Sowjetunion anzuwenden, da man hier erstens keine Gaskammern hatte und zweitens die/der Inhaftierte immer(!) der politische Feind war.

Etwas verwunderlich erscheint es auch, wenn sie schreibt, dass die »Nazis sich niemals gescheut« hätten, »ihre Bewunderung und Sympathie für die bolschewistischen Gegner öffentlich kundzugeben.«⁶ Dass im nationalsozialistischen Deutschland allzu gerne die bolschewistischen Führer mit den Juden identifiziert wurden, da die komplette nationalsozialistische Ideologie auf Antisemitismus und Antikommunismus aufgebaut war, scheint Arendt nicht weiter zu interessieren.

Darüber hinaus sieht sie im Denken von Marx – und damit im kommunistisch-bolschewistischen Denken – eine totalitäre Gefahr. Vor allem in Marx' Geschichtsverständnis, da er von einem unabwendbaren, von Notwendigkeit und Determinismus gekennzeichneten Geschichtsprozess spreche. Die Vorstellung eines solchen, also einer Totalität der Geschichte, lehnt Arendt genauso entschieden ab, wie seine Vorstellung, dass der festgeschriebene Ablauf der Geschichte von den Produktionsverhältnissen, von den ökonomischen Umständen her zu erklären sei. Marx aber ist dieser Meinung: »Die neuen Tatsachen zwangen dazu, die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen, und da zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte, mit Ausnahme der Urzustände, die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedes Mal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Wort, der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche; daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnitts in letzter Instanz zu erklären sind.«⁷ Für Marx besteht demnach ein Zusammenhang zwischen der, für den Menschen notwendigen Arbeit und dessen Handeln, dessen politischen Aktivitäten und der daraus hervorgehenden Gesellschaft. Genau hier setzt Arendt mit ihrer Kritik an und wirft Marx vor, dass er »der Abdankung der Freiheit vor dem Diktat der Notwendigkeit« den Weg bereite. Das Handeln, die Spontaneität, die Individualität, das Politische sind für sie in keiner Weise mit der Notwendigkeit zur Arbeit verbunden,

unterliegen also keinem festgeschriebenen Prozess. Stattdessen sind sie mit der Freiheit verknüpft und in keiner Weise vorhersehbar; sie sind, ebenso wie das politische Handeln, von der Pluralität der Menschen abhängig. Demnach ist das Politische, die Gesellschaft durch das Handeln und Sprechen vieler Menschen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beeinflusst und deshalb unvorhersagbar. Geht man nun aber von einem Zusammenhang aus, sieht man das Ganze als voneinander abhängig an – wie Marx es macht – entdeckt Arendt darin totalitäre Tendenzen, sieht die Spontaneität der Menschen bedroht und somit auch einen Grundstock des Totalitarismus gegeben. Bei einer genaueren Betrachtung der Geschichte und des Nationalsozialismus lässt sich aber eine Kontinuität der Historie ausmachen. Der Geschichtsprozess entpuppte sich im Nationalsozialismus endgültig als der ‚Gang der Verhältnisse‘. Die Katastrophe besteht nicht in der Diskontinuität der Geschichte, sondern in der Kontinuität, nicht darin, dass es nicht mehr weiter geht, sondern darin, dass es so weitergeht. »Solange die Weltgeschichte ihren logischen Gang geht«, sagt Horkheimer, »erfüllt sie ihre menschliche Bestimmung nicht.«⁸ Der logische Gang der Weltgeschichte ist nun der Gang des Verhängnisses, welcher sich mit Auschwitz offenbarte. Danach ist die Vorstellung einer Totalität des historischen Prozesses unabwendbar. Denn die Existenz einer bürgerlichen Gesellschaft ist zwar keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für die Entwicklung des Nationalsozialismus, womit sein Entstehen kaum zufällig sein dürfte.

Auch wenn Hannah Arendt offensichtlich keine Freundin des Sozialismus und der Sowjetunion war, war sie wenigstens auch keine der Deutschen. Bereits 1950 kritisierte sie in einem Essay, dass sich die Deutschen der Verantwortung entziehen, Tatsachen wie die Vernichtungslager als bloße Meinung behandeln und zudem einen Mangel an politischem Urteilsvermögen und eine Unfähigkeit zu Empathie zeigen und bezeichnet dies als das »Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und es zu begreifen.« So zeigt sich Deutschland für sie nach wie vor weit von der Zivilisation entfernt, nachdem »das, was man gemeinhin unter Gewissen versteht, in Deutschland so gut wie untergegangen«⁹ war. Von Anfang sah es Arendt als eine große Gefahr an, die Shoah zu relativieren. In ihrem Buch ‚Eichmann in Jerusalem‘ kritisiert sie die Formulierung der ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘: »Das den Nürnberger Prozessen zugrunde liegende Londoner Statut hat, wie bereits erwähnt, die »Verbrechen gegen die Menschheit« als »unmenschliche Handlungen« definiert, woraus dann in der deutschen Übersetzung die bekannten »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« geworden sind – als hätten es die Nazis lediglich an »Menschlichkeit« fehlen lassen, als sie Millionen in die Gaskammern schickten, wahrhaftig das Understatement des Jahrhunderts.«¹⁰

⁶ Vgl. Gerhard Scheit: Totalität und Krise des Kapitals - Zur Kritik des Totalitarismus-Begriffs, in: Streifzüge 4/2000

⁷ MEW 19, S. 208

⁸ Max Horkheimer, Autoritärer Staat, S. 78

⁹ Vgl. Interview mit Lars Rensmann in: Neues Deutschland, 13.10.2000

¹⁰ Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 399

Abschließend bleibt zu sagen, dass Arendts Analyse der totalen Herrschaft sich, solange sie sich auf den Nationalsozialismus beschränkt, in manchen Punkten brauchbare Thesen aufstellt, sie diese jedoch fälschlicherweise auf die Sowjetunion überträgt. Damit verkennt sie die bestehenden gravierenden Unterschiede dieser beiden Staatsformen, setzt sie oft gleich und verharmlost somit – auf vielleicht ungewollte Weise – die Verbrechen der Deutschen. Nicht wirklich verwunderlich ist also ihre Beliebtheit bei TotalitarismustheoretikerInnen und GeschichtsrevisionsistInnen. Auch das in Dresden ansässige Institut für Totalitarismusforschung hat sich Arendt zur Namensgeberin erkoren und verdreht in ihrem Namen fleißig

die deutsche Geschichte. Die dort betriebene Arbeit widerspricht jedoch eindeutig ihrem Anliegen – eine Verharmlosung der deutschen Verbrechen war nicht in ihrem Interesse, eher im Gegenteil – auch wenn sie in ihrem Werk die Ansätze dazu bietet.

Alle nicht gekennzeichneten Zitate aus: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/Main, Piper, 3. Auflage, 1993

Käthe Niederkirchner

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

KÜHNEL, REINHARD:

Faschismustheorien. Ein Leitfaden,
Distel Verlag 2005

MECKLENBURG, JENS / WIPPERMANN, WOLFGANG (HRSG):

**»Roter Holocaust«?. Kritik des Schwarzbuchs des
Kommunismus,**
Konkret Literatur Verlag 1998

KLOTZ, JOHANNES:

**Schlimmer als die Nazis? Das „Schwarzbuch des
Kommunismus“ und die neue Totalitarismusdebatte,**
Papyrossa 1999

RIEGER, ANNE / SANDER, ULRICH (HRSG):

**Schwarz Braun Buch. Ein alternativer Verfassungs-
schutzbericht,**
Pahl-Rugenstein 1996

SCHUBERT, GUNNAR:

**Die kollektive Unschuld. Wie der Dresden-Schwindel
zum nationalen Opermythos wurde,**
Konkret Literatur Verlag 2006

WIPPERMANN, WOLFGANG:

**Die Totalitarismustheorie. Die Entwicklung der
Diskussion von den Anfängen bis heute,**
Primus 1997

ROTH, KARL-HEINZ:

**Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der
Totalitarismustheorie,**
Konkret Literatur Verlag 1999

WILD, THOMAS;

Hannah Arendt. Leben, Werk, Wirkung,
Suhrkamp 2006

WEB LINX

PHASE2 – ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT

www.phase2.org

**ANTIFASCHISTISCHES PRESSEARCHIV UND BILDUNGSZENTRUM
BERLIN E. V.**

www.apabiz.de

**VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES –
BUND DER ANTIFASCHISTINNEN UND ANTIFASCHISTEN E. V.**

www.vvn-bda.de

JUNGLE WORLD – DIE LINKE WOCHENZEITUNG

www.jungle-world.com